Nr. 190 2. Ausgabe

Sonntag, 14. Juli 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Tarifsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach ausliegenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme von Beilagen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.50, vierteljährlich M 4.50 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Novelle" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellungen in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Novelle" monatl. M 1.20, vierteljährl. M 3.60
„ B mit „Illustr. Novelle" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Novelle" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Novelle" „ 2.60, „ 7.80
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Russischer Einspruch gegen englische Landungen in Murmansk

Aufklärungsgeplänkel an der venezianischen Front — Mißerfolg Kerenskijs bei seinem Besuch in Paris
Englische Kritik an der Rede des Reichskanzlers

Finale

Nach dem presto agitato der Kühlmann-Hetze folgte in der Reichstagssinfonie ein mildes Adagio als Schlußsatz. Es ging dabei sogar heiter zu. Graf Roedern verglich die Herren mit Schwerstarbeitern, und die Volksvertreter quittierten solches Lob mit dem Zuruf: „Brotzulage!" Als dann der wilde Mann der Unabhängigen, Herr Ledebour, aus Versehen einmal positive Politik machte und bei der Abstimmung über die Kriegskredite aufstand, statt in überzeugender Weise durch Beteiligung seiner Sitzgelegenheit abzulehnen, verlangte man scherzhaft die Gegenprobe. Ferienstimmung. Nach dem in den Sommer gestreckten Winter des Mißvergnügens. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, in die Arbeit, insonderheit der Ausschüsse oder des Hauptausschusses, hineinzusehen, wird's menschlich begreiflich finden. Glücklich ist, wer vergißt ... In den Eisenbahnwagen treffen die heimkehrenden Volksboten das noch immer sehr stattliche Heer der Glücklichen, die sich Ferienreisen gestatten können. Die Sommersonne scheint. Der Hafer, der schon verdächtig gelb aussah, ward unter ausdauerndem Regen wieder grün. Das Korn steht gut, die Kartoffel auch. Im Osten hat die Sonne den Frostschaden fast ausgeglichen. Herr v. Waldow hat nicht übertrieben, als er auf eine mittlere Ernte rechnete. Die Kriegskredite sind in die Scheune gebracht. Kein Wunder, daß die Volksvertreter in lichterer Laune, als man's noch vor wenigen Tagen für möglich hielt, auseinandergegangen sind.

Der Reichstagspräsident fand endlich auch Worte hohen Lobes für den mit schlichtem Abschied entlassenen Staatssekretär v. Kühlmann. Wichtiger bleibt die Ergänzung der letzten Kanzlerrede. Graf Hertling hat deutlich, zum erstenmal unzweideutig ausgesprochen, daß die uns schädigende feindliche Ausstreuung, wir seien willens, Belgien zu annektieren, nicht wahr ist. Das Faustpfand soll herausgegeben werden, sobald die Garantien für die deutsche Handels- und Meerfreiheit, die Bürgschaften dafür gegeben sind, daß das deutsche Volk seiner Kopfzahl, seiner Leistung, seinem Können entsprechend sich frei in der Welt und unbehelligt entwickeln kann. Hier lag auch der entscheidende Grund für die Linke, die Kriegskredite glatt zu bewilligen. Unwillkürlich muß man sich wieder fragen, warum die Weltverbesserer dem Kanzler solch freimütiges Bekenntnis nicht verübelt haben. Kühlmann haben sie für ein so viel bescheideneres Zugeständnis an die Friedensethik den Galgen zuerkannt. Beim Grafen Hertling ließen sie es beim zahmen Widerspruch bewenden. Die Alldeutschen sind allerdings — und das lichtet ein wenig dieses Dunkel sonst unerklärlichen Gefühlswechsels dort, wo Gefühl alles ist, Wirklichkeit Schall und Rauch — in einer schwierigen Lage. Man kann füglich auch als genialer Bierbankstrategie nicht generalsäblerischer sein als der Generalstab. Graf Hertling aber hat feierlich erklärt, daß er mit seinen Friedenszielen sich in ungetrübter Uebereinstimmung findet mit der Obersten Heeresleitung. Nun kann man nicht mehr offen und heimlich auf gewisser Seite den Namen Hindenburgs und Ludendorffs mißbrauchen zu Parteizwecken.

Wenn etwas in dieser schweren Zeit denen eine „lütte Verlöschung" gibt, die keine Ferienreise unternehmen können in die eier- und buttergesegneten Gefilde Bayerns, oder Mecklenburgs, so ist es diese nicht zu verbiblschende Tatsache. Wir sind aus der Krisis stärker hervorgegangen, als wir vorher waren. Und darum konnte auch der maßvolle, kluge Pfälzer Ebert, übrigens ein mit Humor und Wärme begabter, diplomatisch geschickter Mann, im Reichstag ehrlichen Herzens sagen, daß auch die große Arbeiterpartei die Kriegsnotwendigkeit bejaht, weil sie überzeugt ist, daß wir gegen eine von Vernichtungswillen annoch beseelte Koalition kämpfen um unsre Existenz.

Damit sind beträchtliche Ernteshoffnungen der Feinde auf dem Felde der „querelles allemandes" zugleich mit der alldeutschen Peterstile verhagelt. Man atmet freier, wenn auch der Schmachtriemen festgegürtet bleibt. Und hofft, daß mit den ersten Frühkartoffeln auch jene politischen Zeichen sich einstellen, die nach der eindrucksvollen Lektion der letzten Regierungserklärungen im Reichstag und dem Echo aus allen Bänken bis an die Ledebour-Grenze einmal doch beim Feinde sichtbar werden müssen. Auf die Dauer kann man's mit dem Volksbeiligen allein dort nicht machen. So klingt das Reichstagsfinale immerhin tröstlich in den neuen, verworrenen Lärm aus dem Osten her, in die andauernde Kanonade im Westen ...

* * *

Englische Stimmen zur Rede Hertlings

(Privattelegramm)

+ **Rotterdam**, 13. Juli

Hier liegen jetzt die ersten englischen Aeußerungen über Hertlings Rede vor. Beim Lesen dieser Pressestimmen erhält man den Eindruck, daß die Rede ziemlich stark enttäuscht hat. Der Eindruck wird noch erhöht durch die Tatsache, daß Reuter, ganz entgegen seiner Gepflogenheit, keine einzelne Zeitung zitiert, sondern die Stimmung in der Presse ganz allgemein wiedergibt. Auch wörtlich aber werden die Aeußerungen der Korrespondenten der „Daily News" und des „Daily Chronicle" wiedergegeben. Warum gerade diese beiden liberalen Blätter in den Reutertelegrammen erwähnt werden und warum ihre Aeußerungen — oder der betreffende Teil davon — von Reuter als Aeußerungen der ganzen englischen Presse ausgegeben werden, bleibt abzuwarten.

Die „Daily News" sagen, Hertling verlange nach Frieden, weil er fürchte, das Los Bethmann Hollwegs, Michaelis und Kühlmanns zu teilen. An seinem aufrichtigen Friedenswillen sei nicht zu zweifeln und seine Bedingung, daß der Frieden nicht zu Deutschlands Vernichtung führen dürfe, habe angesichts der Erklärung der Entente-Staatsmänner keine Bedeutung. Seine Aeußerung, daß die Alliierten die ersten Schritte zum Frieden unternehmen und die Besprechungen in einem kleinen Kreise beginnen müßten, biete keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Aber Hertlings Erklärungen, daß Deutschland bei seinem Vertrag von Brest-Litowsk bleibe, zeige, welch eine Kluft zwischen ihm und seinen Gegnern bestehe. Deutschland wolle nur einen Frieden durch Teilchen, die Alliierten aber einen Frieden, der auf Recht gegründet sei. Solange Deutschland sich weigere, dieses öffentliche Recht anzuerkennen, solange bestehe keine Möglichkeit des Friedens der Verständigung. — „Daily Chronicle" sagt, daß er lieber Hintze als Kühlmann im Auswärtigen Amte Deutschlands sehe. Kühlmann versuchte, die Alliierten durch Schmeicheleien zum Frieden zu bringen und Deutschland im Osten freie Hand zu lassen. Hintze werde nicht verhehlen, daß er England schlagen wolle. Hertling aber habe gesagt, daß die Heeresleitung seinen Standpunkt teile. Das heiße also, daß der Frieden, den Hertling zu schließen bereit sei, derselbe Frieden sei, den die Heeresleitung wünsche, nachdem sie Kühlmann fortgejagt habe, weil er der Meinung war, daß Waffengewalt allein den Krieg nicht gewinnen könne.

Reuter begnügt sich, wie gesagt, mit der Feststellung, daß die Presse die Ernennung Hintzes, dessen Auffassung wohlbekannt sei, als einen Gewinn der Alliierten buche, da Hintze den Deutschen gefährlicher werden würde, als den Alliierten. Hintze gehe darauf aus, England zu schlagen, und das sei nicht möglich. Kühlmanns Politik sei gefährlicher gewesen, weil sie ausführbarer gewesen sei. Die englische Presse ersehe aus Hertlings Rede, daß seine einzige Hoffnung in einem schnellen Frieden bestehe, da er sonst fürchten müsse, das Los seiner Vorgänger zu teilen. Aber die Alliierten wünschten keinen Brester Frieden. „Manchester Guardian" nennt Hertlings Rede einen Friedensappell, der an das deutsche Volk und an die Alliierten gerichtet sei. Aber im gegenwärtigen Augenblick sei es zwecklos, über Frieden zu sprechen. Die Rede zeige nur, daß die Freude über Rußlands Zusammenbruch und über die ersten Erfolge der Frühjahrsoffensive jetzt in Deutschland im Abnehmen begriffen sei und daß es in jene Stimmung zurückkehre, aus der im vorigen Sommer die Reichstagsresolution hervorgegangen sei.

Englands Raubpläne in Rußland

Eine an den „Nieuwe Courant" gerichtete Zuschrift enthält einen Hinweis auf einen Aufsatz des „Geographical Journal", des Organs der englischen Königl. Geograph. Gesellschaft, worin der Bericht des Engländers Stebbing über seine Reise im nordwestlichen europäischen Rußland wiedergegeben und besprochen wird. Stebbing war ausgeschickt worden, um festzustellen, welchen wirtschaftlichen Wert die Wälder im nordöstlichen Rußland haben und wie sie in der Zukunft die Holzversorgung der Welt beeinflussen können. Er fand, daß sich in dem wenig bekannten und bereisten Gebiet östlich von Archangel unermeßliche Wälder ausbreiten, alles Staatseigentum, die bis jetzt noch kaum angerührt worden sind:

„Ganz sicher", so schreibt Stebbing, „kann wenigstens ein Teil des englischen Bedarfs an Holz während der nächsten vierzig oder fünfzig Jahre aus diesen Wäldern gedeckt werden. Für die Aufschließung dieses Gebietes ist Kapital nötig, und das fehlt Rußland. Von seinen großen wirtschaftlichen Schätzen wird das Holz sich am leichtesten versilbern lassen, und damit könnte die Rehabilitierung des Landes beginnen. Die revolutionäre Bewegung hat in diesen Gegenden noch keine üblen Folgen gehabt; dort wird regelmäßig weiter gearbeitet. Die russische Regierung hatte im vorigen Jahre den Plan, ausländischen Kapitalisten Konzessionen für die Dauer von 80 oder 85 Jahren zu verleihen zur Ausbeute mächtiger Waldabschnitte von 2000 Quadratkilometer Fläche. Dabei sollte als Bedingung gelten, daß das geschlagene Holz in Rußland selbst zerschnitten oder in Holzstoff verwandelt werden müsse. Mir wurde erklärt, daß Rußland in diesen Wäldern ausreichende Werte besitze, um damit seine ganze Kriegsschuld abzutragen."

Die Geographische Gesellschaft in London hat diesem Bericht Stebbings eine ganze Sitzung gewidmet, der auch Vertreter der Regierung beiwohnten. Man spornte die Regierung an, bei der russischen Regierung Schritte im Sinne der Ausführungen Stebbings zu tun, und empfahl auch, Spitzbergen ganz oder teilweise zu besetzen, um so den Seeweg für die Abfuhr des russischen Holzes offenzuhalten. Die Zuschrift im „Nieuwe Courant" fügt hinzu, vielleicht stehe auch das bewaffnete Auftreten Englands an der Murmanküste mit dieser Angelegenheit in gewissem Zusammenhange. Sie merkt weiter an, die übrigen Gläubiger Rußlands müßten achtgeben, daß das wertvolle Unterpfand, das der Schuldner zu Unterhause mitgeteilt werden?"

geben vermöge, nicht ganz von dem einen Gläubiger mit Beschlag belegt werde.

*

Russische Note an England

× **Moskau**, 13. Juli. (Meldung der Moskauer Telegraphenagentur.) Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat an den Vertreter Großbritanniens in Moskau eine Note gerichtet, in der die unverzügliche Zurückziehung der englischen Abteilung verlangt wird, die in Murmansk gelandet ist. Gleichzeitig erneuert das Komissariat seinen Einspruch gegen den Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in Murman.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× **Wien**, 13. Juli. Amtlich wird verlautbart: Auf der venezianischen Gebirgsfront Aufklärungsgeplänkel. Sonst nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Der kläglich gescheiterte Luftangriff der Amerikaner auf Koblenz

× **Berlin**, 13. Juli

In der Nacht vom 10. zum 11. Juli hat ein amerikanisches Geschwader von 6 Flugzeugen versucht, die Stadt Koblenz mit Bomben anzugreifen. Der Angriff scheiterte vollkommen. Keines der Flugzeuge ist dazu gelangt, seine Bomben abzuwerfen. Fünf Flugzeugen dieses Geschwaders wurde die Rückkehr über die eigenen Linien verwehrt. Sie fielen sämtlich in unsre Hand. Die Besatzungen wurden bis auf wenige lebend gefangen. Seit über einem Jahre haben sich die Amerikaner wieder und wieder gerühmt, mit Tausenden von Flugzeugen die Städte Westdeutschlands in Schutt und Asche zu legen, und dem deutschen Volke durch ihre Luftwaffe die entscheidende Niederlage zu bereiten, die alle Machtmittel Englands und Frankreichs ihm nicht hatten beibringen können. Der gestrige Luftangriff war der erste größere selbständige Versuch der Amerikaner. Er ist kläglich gescheitert. Schmerzliche Erfahrungen am eigenen Leibe haben die amerikanischen Flieger den Unterschied zwischen Prahlerei und Wirklichkeit gelehrt.

Der „Temps" gegen Kerenskij

+ **Genf**, 13. Juli

Der „Temps" greift in einem Leitartikel Kerenskij sehr heftig an und macht darauf aufmerksam, daß dieser jede Fühlungnahme mit bürgerlichen Kreisen vermieden habe und anderseits von den Sozialisten nur sehr kühl aufgenommen worden sei. Wie gemeldet, haben sich in der Tat die linken Sozialisten von dem Empfange Kerenskijs völlig ferngehalten. Es fiel auch sehr auf, daß die Regierung keine Fühlung mit ihm genommen hat. Nachdem sich nun auch die bürgerlichen Parteien von ihm abgewendet, verbleibt nur die Gruppe der 40 sozialistischen Abgeordneten um Thomas, die allein für Kerenskij eintritt. In seinem Artikel schreibt der „Temps": Kerenskij weilt in unsrer Stadt, aber weder Paris noch die Nation sind von seiner Anwesenheit besonders begeistert. Man versichert, daß er nach Amerika reisen und dort eine Unterredung mit Wilson haben wird. Er wird ihm erzählen, daß er nur mit einer kleinen Minderheit unsres Landes Fühlung genommen hat, und wird ihm gestehen, daß er selbst von unsrer sozialistischen Partei sehr kühl empfangen worden ist. Die Sozialisten fürchten die Bolschewiki zu beleidigen, wenn sie sich Kerenskij anschließen, und aus einer Zeitung geht hervor, daß Kerenskij nur einen Achtungserfolg davongetragen hat. Der „Temps" erinnert dann an die großen Gestalten der französischen Revolution, mit denen man Kerenskij oft verglichen hat, und sagt mit unverhüllter Grobheit: „Beleidigen wir nicht das Andenken unsrer großen Vorfahren, wenn zufällig kleine Schattengestalten an uns vorüberhuschen."

Die Kabinettsbildung in Holland

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

♂ **Rotterdam**, 13. Juli

Wie in Haager politischen Kreisen verlautet, soll anläßlich der Kabinettsbildung der holländische Gesandte im Vatikan van Nispen zum Minister des Aeußern ernannt werden und der jetzige Leiter des Auswärtigen Amtes, Loudon, den zur Zeit unbesetzten Posten des holländischen Gesandten in Washington erhalten. Loudon war bereits früher diplomatischer Vertreter Hollands in Washington.

Immer noch der Geleitzug

× **Amsterdam**, 13. Juli

Einem hiesigen Blatte zufolge schreiben die „Times", daß Lord Beresford am Dienstag die Regierung um weitere Einzelheiten wegen der Abstandnahme von dem Rechte auf Untersuchung anläßlich der Ausreise des holländischen Geleitzuges befragen werde. Lord Beresford beabsichtige, vor allem die Aufmerksamkeit auf folgende Frage zu lenken: „Wird der Geleitzug durch bewaffnete Schiffe begleitet und können die dem Kommandanten gegebenen Befehle dem Unterhause mitgeteilt werden?"

Graf Czernin und der ukrainische Vertrag

Von unserm Id-Mitarbeiter

Wien, im Juli

Am 2. Juli wurde Graf Czernin zur Audienz bei Kaiser Carl beschieden. Großes Gemunkel und Hin- und Herraten, was das zu bedeuten habe. Vernünftige Leute hofften schon auf eine Wiederverwendung des ausgezeichneten Mannes im Staatsdienste, was nicht gerade das Auswärtige Amt sein müßte. Denn man erinnerte sich daß beim Abgange Czernins an zuständiger Stelle ausdrücklich gesagt wurde, es sei tiefbedauerlich, daß zwei Männer wie Kaiser Carl und Graf Czernin, deren Ansichten in den Hauptfragen der Situation so sehr übereinstimmen, wegen Meinungsverschiedenheiten in Nebenfragen sich trennten. Allein gegen die Gerüchte, daß irgendeine neuerliche amtliche Betrauung Czernins in Aussicht sei, setzte sich sofort die offiziöse Dementierspritze in Bewegung und verwässerte völlig die Bedeutung der Audienz, indem gesagt wurde, sie habe mit Politik nichts zu schaffen gehabt. Das war so wahr, wie es die meisten offiziösen Ableugnungen zu sein pflegen. Ueber das ungeheuerliche Regenwetter und die spanische Grippe hat man bei der Audienz wahrscheinlich nicht gesprochen.

Nämlich: mit dem ukrainischen Friedensvertrag klappt etwas nicht. Dieser Friedensschluß war an und für sich eine diplomatische Großleistung des Grafen Czernin. Es wurde dadurch eine entscheidende Bresche gelegt in den Ring unsrer östlichen Gegner. Der Ring wurde gesprengt und damit auch die militärische Front der Ostfeinde der Mittelmächte. Lenin und Trotzkij mußten infolgedessen zu Kreuze kriechen und ebenso Ferdinand von Rumänien. Ein Großteil der bis dahin im Osten gebundenen Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wurde frei für die Westfront Deutschlands und für die Südwestfront der Monarchie. Das war die politisch-militärische Folge des Friedensschlusses mit der Ukraine. Dazu kam noch das wirtschaftliche Moment. Die Ukraine verpflichtete sich zur Lieferung ausreichender Mengen von Lebensmitteln für die Mittelmächte. In Oesterreich hat der Ernährungsdienst vollständig versagt, hier herrscht wirklicher Notstand, ganz anders als in Deutschland. Kaiser Carl muß sich direkt an Kaiser Wilhelm um Hilfe wenden, die Tiroler müssen nach Budapest wallfahrten, um Zufuhr für ihr Land zu erbitten, und der Wiener Bürgermeister muß nach Berlin, München und nach Ungarn Rundtelegramme senden und Aushilfe erflehen.

Schon zur Zeit, da in Brest die Friedensverhandlungen mit der Ukraine stattfanden, hat der Ministerpräsident v. Seidler der auch die oberste Leitung des Ernährungswesens übernommen hatte, die Bedrohliche der Situation wohl bekannt und den Grafen Czernin wiederholt im Drahtwege bestürmt, um in eindringlichster Weise um die Festsetzung der ukrainischen Aushilfe zu ersuchen, zumal damals der große Streik in Wien, der wohl einen politischen Charakter hatte, aber an den bösen Ernährungsverhältnissen eine Stütze fand, gewisse Befürchtungen wachgerufen hatte. Graf Czernin war also durch politische, militärische und insbesondere auch durch wirtschaftliche Rücksichten gedrängt, mit der Ukraine ins reine zu kommen, und da diese nur um den Preis der Zulage des Cholmer Landes zum Friedensschlusse zu haben war, so mußte dieses Zugeständnis gemacht werden, damit der „Brotfriede" zustande komme. Diese notgedrungene Konzession hat jedoch die österreichischen Polen arg verstimmt und in die Opposition getrieben, obgleich ihnen sofort das Zugeständnis gemacht wurde, es werde die endgültige Festsetzung der Grenzen zwischen der Ukraine und dem künftigen Polenstaate nur in Verhandlungen mit allen beteiligten Faktoren, also auch mit Zuziehung der Polen, vor sich gehen. Mit Müh' und Not wurden sie bewogen, von der Abstimmung über das vorige Budgetprovisorium fernzubleiben, so daß dieses eine kleine Mehrheit erhielt.

Allein die Verstimmung und das Mißtrauen der Polen waren nun einmal da und ließen sich nicht bannen. Verschärft wurde die Situation dadurch, daß die Polen — der Himmel weiß, auf welchem Wege — erfahren haben wollten, daß in Brest nicht nur Cholm und Podlachien im offenen Vertrage der Ukraine zugeschlagen wurden, sondern daß in einem Geheimabkommen ihnen auch die Teilung Galiziens zugesagt wurde: in eine polnische Provinz mit der Hauptstadt Krakau und in eine ukrainische Provinz mit der Hauptstadt Lemberg, der auch der von Ruthenen bewohnte größte Teil der Bukowina angefügt werden solle; eine Vereinbarung, die, weil es sich dabei nicht um eine internationale, sondern um eine innerpolitische Angelegenheit Oesterreichs handelt, die Unterschrift des Ministerpräsidenten v. Seidler tragen soll. Ob das wahr ist oder nicht, kann natürlich da es sich um einen Geheimvertrag handelt, nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, zumal bis jetzt kein offizielles Dementi dieser Gerüchte veröffentlicht wurde. Genug an dem, die Polen schwören Stein und Bein, daß ein solches von Herrn v. Seidler bekräftigtes Abkommen bestehe. Daraus erklärt sich der ganz besondere Nachdruck, mit der sie die Entfernung Seidlers von seinem Platze verlangten, wenn sie den bevorstehenden neuen Budget- und Kreditvorlagen sich geneigt zeigen sollen.

Kompliziert wird die Sache dadurch, daß die Ukraine den wirtschaftlichen Verpflichtungen, die sie im Friedensvertrage übernommen hat, nur in ganz ungenügendem Maße nachgekommen ist. Ueber die Regierung, mit der der Vertrag geschlossen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918071402/1